

# Bremen: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verteidigen.

In: Mitteilungen 242 (12/2020), S. 38 - 39

„Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte“ – das gilt auch und gerade für Karikaturen. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hat die Digitalisierung einen enormen Schub erhalten und das Thema Datenschutz ebenso. Ob Homeoffice, Homeschooling oder Webkonferenzen – bei all diesen Aktivitäten landen riesige Datenmengen bei den Digitalunternehmen. Gerade in der Krise können diese Unternehmen ihre Macht immer weiter ausbauen. Der Prozess der Digitalisierung schreitet immer weiter voran und Datenschutz und Datensicherheit sind wichtiger denn je. Andernfalls kann es zur Erosion demokratischer Prozesse führen, weil Vertrauen und wichtige Grundrechte gefährdet sind.

Wir alle sind gefordert darüber nachzudenken. Als Anregung stellt der Landesverband Bremen derzeit eine Karikaturenausstellung zusammen.

Bislang sind dabei: Peter Buschkos, Freimut Woessner, Kostas Koufogiorgos, Klaus Stuttmann, Bettina Bexte, Miriam Wurster, Christiane Pfohlmann und Ralf Böhme – wenn ihr selber Kontakte zu Künstlern habt, die zu den Thema Datenschutz/ Digitalisierung arbeiten, dann freuen wir uns über Hinweise – sehr gerne auch zu Frauen, die das Thema aufgreifen.

Wir planen die Ausstellung im Herbst in Bremen zu eröffnen und begleitend Informations- und Diskussionsveranstaltungen anzubieten. Unser Konzept sieht vor, dass die Ausstellung „zu den Leuten kommt“, d.h. wir werden sie jeweils zwei Wochen an unterschiedlichen Orten in Bremen zeigen. Wir würden uns sehr freuen, wenn die Ausstellung im Anschluss durchs Land wandert. Gerne schicken wir die gerahmten Karikaturen (ca. 20 Rahmen) – gegen eine Kostenbeteiligung - an interessierte Regional- und Landesverbände. In einem Flyer stellen wir die Karikaturisten/innen vor und informieren, dass signierte Karikaturen auch käuflich erworben werden können. Der Landesverband Bremen freut sich über Hinweise, Anfragen und Anregungen!

---

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/mitteilungen/242/publikation/bremen-das-recht-auf-informationelle-selbstbestimmung-verteidigen/>

Abgerufen am: 25.04.2024